

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig erklärt einfühend, dass der Stadtrat mit dem Beschluss in seiner Sitzung am 24.07.2015 die Verwaltung dazu beauftragt habe, sich mit Nachdruck für die Vergabe der Bundesgartenschau im Jahr 2031 an die UNESCO Welterbe Kulturlandschaft Oberes Mittelrheintal einzusetzen, sowie die notwendigen Schritte zur Unterstützung und Begleitung der Bewerbung einzuleiten. Die BUGA biete infrastrukturelle Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Region und biete wahrscheinlich eine Möglichkeit, die bisher bis zum Jahr 2026 ausgesprochene Betriebsgenehmigung der Seilbahn zu verlängern.

Herr Zeimentz von der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz und Leiter des entsprechenden Projektbüros stellt dem Stadtrat anhand einer Präsentation den aktuellen Stand, die Planungen und die Vorstudie zur BUGA 2013 vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig dankt Herrn Zeimentz für seine Ausführungen und versichert, dass sich die Stadt Koblenz ihrer Verantwortung für die Region als Oberzentrum bewusst sei und das Projekt in vollem Umfang unterstützen werde.

Auf Nachfrage von SPD-Fraktionsvorsitzender Lipinski-Naumann zur Zeitschiene informiert Herr Zeimentz darüber, dass zurzeit Informationsveranstaltungen für die kommunalen Entscheider durchgeführt würden. Am 11.10.2016 werde der Zweckverband darüber entscheiden, ob eine Machbarkeitsstudie durchgeführt und ein Bewerbungsdokument zur BUGA 2031 erstellt werden soll. Das Land habe bereits zugesagt, die Kosten der Machbarkeitsstudie zu übernehmen. Die Ausschreibung und Erstellung der Machbarkeitsstudie sollen im Jahr 2017 erfolgen. In dieser würden dann Entscheidungen zur Organisationsform, Finanzierungsfragen und der Verwendung der einzelnen Flächen getroffen werden. Wenn die BUGA-Gesellschaft sich zur Unterzeichnung des Vertrages entschieden habe, würde im 1. Quartal 2018 eine BUGA-Projektgesellschaft gegründet werden, die Planungsaufgaben übernehmen solle. Nach Abschluss der BUGA sei geplant, diese in eine Regionalmanagementgesellschaft zur Vermarktung der Region umzuwandeln. Er stellt fest, dass das Verhindern von Planungen einzelner Gemeinden, die dem BUGA-Projekt schaden könnten, nicht immer möglich sei, aber auf eine sinnvolle Beeinflussung hingewirkt werde.

Rm Sauer (CDU) erkundigt sich, welche Maßnahmen geplant seien um die Begeisterung für das Projekt über eine so lange Zeitdauer in den Gemeinden und Gremien aufrechtzuerhalten. Herr Zeimentz erwidert, dass auch mit Enttäuschungen und nachlassender Begeisterung zu rechnen sei. Dem könne durch einen langen und intensiven Kommunikationsprozess entgegengewirkt werden. Er regt zudem eine größere Rolle des BUGA-Freundeskreises in der Öffentlichkeitsarbeit an.

Auf die Rückfrage von Frau Sauer bezüglich der Planung von Baumaßnahmen mit negativen Auswirkungen auf die BUGA meint Herr Zeimentz, in diesem Falle könne nur versucht werden, die entsprechenden Gremien von der Wichtigkeit der Welterbe- und BUGA-Verträglichkeit für die lokale Entwicklung zu überzeugen.

RM Diehl (CDU) möchte wissen, welche Kosten mit dem Beschluss des Rates verbunden seien und ob es einen Landeszuschuss geben werde. Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-

Göttig antwortet, der zu diesem Zeitpunkt zu treffende Beschluss habe noch keine Kostenwirkung, da hierdurch lediglich die Machbarkeitsstudie auf den Weg gebracht werde. Für diese habe das Land bereits eine Vollkostenfinanzierung zugesagt. Über die Kostenfrage werde erst im nächsten Jahr im Rahmen des Finanzierungskonzeptes gesprochen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig versichert, dass der Stadtrat nach Fertigstellung der Machbarkeitsstudie und vor der Entscheidung des Zweckverbandes noch einmal informiert und die entsprechenden Konditionen dort zur Entscheidung gebracht werden.

Rm Diederichs-Seidel (Bündnis 90/Die Grünen) erfragt was bezüglich der zur Reduzierung der Lärmbelastung durch den Bahnverkehr im Mittelrheintal angedachten Entlastungsstrecke durch den Westerwald vom Land getan werde. Falls diese nicht rechtzeitig realisiert werde, stelle die Lärmbelastung für die BUGA einen Hemmschuh dar. Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig zeigt auf, dass der Innenminister deutlich gemacht habe, gegen den Bahnlärm vorgehen zu wollen. Bei der Umtrassierung handele es sich allerdings um eine langfristige Maßnahme. Derzeit werde auch an anderen kurzfristigen Maßnahmen gearbeitet. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass auf Bundesebene durch das Projekt BUGA 31 eine höhere Sensibilität für die Lärmbelastung im Mittelrheintal erreicht werde.

Zur Zeitachse bezüglich der Zukunft der Seilbahn erklärt er, der Betreiber habe sich bereits bereit erklärt, diese auch über das Jahr 2026 hinaus zu betreiben. Wenn die verbindliche Zusage der BUGA-Gesellschaft zur Realisierung des Projektes vorliege, werde über das Land bei der UNESCO eine Initiative zum weiteren Erhalt der Seilbahn gestartet.